

ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



JAHRESBERICHT 2007

ÖSTERREICHISCHE
REKTORENKONFERENZ

ÖSTERREICHISCHE
UNIVERSITÄTENKONFERENZ



DIE ÖSTERREICHISCHE REKTORENKONFERENZ

Impressum:

Herausgeber und Medieninhaber | Österreichische Universitätenkonferenz

Generalsekretariat | Liechtensteinstraße 22 | A-1090 Wien

Tel.: 01/310 56 56-0 | Fax: 01/310 56 56-22 | E-Mail: office@uniko.ac.at | www.uniko.ac.at

Redaktion | Manfred Kadi | Generalsekretariat

Gestaltung | Grafik-Atelier Heuberger | Wien

Fotos | MEV | Universität Wien | Universität Graz | TU Wien | Universität Linz | uniko-Archiv

BMWF | WKO | HRK | APA | Franz Pflügl | Peter Kainz | Rainer Ressmann | Alexander Wenzel

Druck | Kärntner-Druckerei | Klagenfurt

KOMMENTAR PRÄSIDENT BADELT _____	2
KOMMENTAR GENERALSEKRETÄR WULZ _____	3
KOMMENTAR EUA-PRÄSIDENT WINCKLER _____	4
GRUSSWORT BUNDESMINISTER HAHN _____	5
JAHRESRÜCKBLICK _____	6
KOMMENTAR FWF-PRÄSIDENT KRATKY _____	8
GRUSSWORT HRK-PRÄSIDENTIN WINTERMANTEL _____	9
INTERVIEW REKTOR KOLLERITSCH _____	10
IMPRESSIONEN REKTOR WALTER _____	12
KOMMENTAR REKTOR ARDELT _____	14
FORUMSNOTIZEN: BUDGET-REFLEXIONEN _____	15
KOMMENTAR REFERENTIN WESTPHAL _____	16
FORUMSNOTIZEN: BACHELOR UND DOKTORAT _____	17
FORUMSNOTIZEN: FREMDENRECHT _____	18
FORUMSNOTIZEN: FORSCHUNGSFÖRDERUNG _____	19
DACHVERBAND: KOLLEKTIVVERTRAG _____	20
SPLITTER: MOMENTAUFNAHMEN 2007 _____	21
GRUSSWORTE DER NEUEN MITGLIEDER _____	22
KUNSTUNIVERSITÄTEN: KOMMENTAR REKTOR BAST _____	24
MEDIZINISCHE UNIVERSITÄTEN: KOMMENTAR REKTOR SCHÜTZ _____	25
doktorat.at: GASTKOMMENTAR HUTFLESS _____	26
MEDIENECHO: REIZWÖRTER DES JAHRES _____	27
ORGANE DER REKTORENKONFERENZ _____	28
GENERALSEKRETARIAT _____	31

KOMMENTAR

NEUE KÖPFE IN DER HOCHSCHULPOLITIK, ERSTE SIGNALE FÜR BEWUSSTSEINSBILDUNG



Christoph Badelt
Univ.-Prof. Dr.
Präsident

Eine neue Regierung mit neuem Wissenschaftsminister zu Jahresbeginn, ein neues Präsidium und ein neuer Name für die Rektorenkonferenz (ÖRK) zum Jahresende – die abgelaufenen zwölf Monate ließen für Akteurinnen und Akteure der Innen- und der Hochschulpolitik alles andere als Langeweile aufkommen. Gemessen an den Absichtserklärungen in den Kapiteln Wissenschaft und Forschung des rot-schwarzen Regierungspakts fällt die Bilanz des ersten Jahres der großen Koalition noch bescheiden aus. Ohne die Ankündigungen abzuwarten, hatte die Rektorenkonferenz vorsorglich Anfang 2007 eine hochkarätig besetzte Tagung zum „heißen Eisen“ Hochschulzugang ausgerichtet, deren mediales Echo alle Erwartungen sprengte. Gleichzeitig wurde eine von der ÖRK in Auftrag gegebene Studie zu diesem Thema präsentiert, aus denen die Rektorenkonferenz zehn Thesen für eine Neuregelung des Hochschulzugangs ableitete.

Zu meinen, die Politik würde sich sämtliche Anliegen der Rektoren auf ihre Fahnen heften, war ohnehin unrealistisch. Allerdings war im Laufe des Jahres ein Sickerprozess zu beobachten, der vor allem bei den Regierungsparteien zu einer Bewusstseinsweiterung führte: Vielleicht war es ein Ausdruck des schlechten Gewissens wegen der jahrzehntelangen Unterdotierung der Universitäten, als der Nationalrat, angelehnt an die ÖRK-Forderung, in einer Entschlie-

ßung einhellig die Erhöhung der Finanzierung des tertiären Sektors von 1,2 auf zwei Prozent des BIP „gelobte“ – in einer großzügig bemessenen Frist bis 2020. Wenn es der Gesetzgeber tatsächlich ernst meint, müsste er im neuen Jahr mit den Skizzen zu einer Road-Map beginnen. Dies würde freilich bedeuten, dass die öffentliche Hand für das kommende „Jahrzehnt der Universitäten“ einige Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen müsste.

Hingegen stellt sich die Regierung beim Anliegen der Rektoren nach einer Studienplatzfinanzierung weiterhin taub, teils wird sogar wider besseres Wissen der Mythos vom freien Hochschulzugang in Österreich beschworen. Die im Herbst vom Gesetzgeber beschlossene Verlängerung der derzeitigen Beschränkungen in sechs Studienrichtungen ab 2008 um weitere zwei Jahre wird dabei ausgeblendet – eine originelle Variante der Realitätsverweigerung.

Die Neuwahl der universitären Leitungsfunktionen brachte nicht nur die medial viel beachtete, längst überfällige „erste Rektorin“ Österreichs, sondern auch eine Neubesetzung des Präsidiums der Rektorenkonferenz. Die Bestätigung des amtierenden Präsidenten für die kommenden zwei Jahre durch das Plenum sehe ich als Zeichen des Vertrauens, auch unter dem neuen Namen Universitätenkonferenz den eingeschlagenen Kurs fortzusetzen.

NAMENSÄNDERUNG ALS HISTORISCHE ZÄSUR: 2007 ALS LETZTES JAHR DER REKTORENKONFERENZ



Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär

Für die Österreichische Rektorenkonferenz war der 15. Oktober 2007 ein in gewisser Weise historisches Datum: Die Plenarversammlung beschloss einstimmig die Umbenennung in Österreichische Universitätenkonferenz und damit die Abkehr von der Traditionsbezeichnung Rektorenkonferenz, die seit 1911 und damit fast 100 Jahre lang in Verwendung stand. Die Namensänderung wurde am 1. Jänner 2008 wirksam.

Warum wird eine so alte und eingeführte Marke aufgegeben?

Mit dem Amtsantritt Ingela Bruners an der Universität für Bodenkultur gibt es seit Herbst 2007 – endlich! – eine Rektorin einer staatlichen Universität. Die Beibehaltung einer rein männlichen Bezeichnung wäre daher ebenso unbefriedigend gewesen wie eine zwar geschlechtsneutrale, aber sprachlich holprige Wortschöpfung.

Zum anderen bringt der neue Name ein schon längst vorhandenes, aber im alten Namen nicht explizit gemachtes Selbstverständnis der Organisation zum Ausdruck: nicht ein Klub der Rektoren zu sein, sondern eine

Dachorganisation der Universitäten, die für diese in ihrer Gesamtheit spricht und die Interessen der Universitäten insgesamt vertritt.

Zugleich wurde mit Universities Austria auch ein neuer englischer Name festgelegt. Dieser folgt dem Muster der in jüngster Zeit erfolgten Neubenennungen von Schwesterorganisationen (Universities UK, Universities Australia, Universities Denmark) und mag daher keine besondere Originalität für sich beanspruchen. Dennoch erschien es uns wesentlich, eine griffige, moderne Bezeichnung zu finden, die auch außerhalb universitärer Zirkel und außerhalb Europas ohne umständliche Erklärungen verstanden werden kann.

Ein neuer Name ist natürlich gewöhnungsbedürftig, muss erst öffentlich bekannt werden. Und zahllos sind die Versprecher, weil sich die alte Bezeichnung doch auch ins Unbewusste eingenistet hat. Dennoch geben die bereits jetzt zahlreichen, durchwegs positiven Reaktionen auf die Namensänderung Grund zur Annahme, dass die Rektorenkon..., pardon, Universitätenkonferenz damit einen richtigen Schritt zur richtigen Zeit gesetzt hat. **J**

KOMMENTAR

EUROPÄISCHER HOCHSCHULRAUM: DURCH VIELFALT ZUM GEMEINSAMEN ZIEL



Georg Winckler
Univ.-Prof. Dr.
Präsident der European
University Association - EUA

Die Hochschulen in Europa überwinden ihre nationalen Fragmentierungen, nehmen verstärkt an der Schaffung eines Europäischen Forschungs- und Hochschulraumes teil und entwickeln ein breit gefächertes Profil mit unterschiedlichen Strategien und Programmen. Das markanteste Ereignis 2007 zur Stärkung des Europäischen Forschungsraumes war der Beginn des 7. Rahmenprogramms der EU und damit der Start der Fördertätigkeit des European Research Council. Im Mai 2007 feierte das Erasmus-Programm sein 20-jähriges Bestehen. Die Mobilität ist im Europäischen Hochschulraum Realität geworden: Seit 1987 nahmen 1,7 Millionen Studierende dieses Programm in Anspruch – pro Jahr nunmehr knapp 200.000. Eine Erasmus-Generation ist entstanden.

Universitäten müssen heute fähig sein, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene wie auch regional vernetzt tätig zu sein. Dazu bedarf es eines institutionellen Freiraumes, um die verschiedenen Lehr- und Forschungsstrategien miteinander abzustimmen. Ministerialbürokratien sehen meist nur die Interessen ihrer nationalen Politik, zu wenig die europäischen oder regionalen Entwicklungen. Begleitet werden muss die universitäre Autonomie von einer ausreichenden Finanzierung zur Realisierung der Strategien. Eine umfassende Autonomie erfordert Entscheidungsbefugnis in zentralen Bereichen wie Personal, Budget und Liegenschaften,

verbunden mit einer Rechenschaftslegung seitens der Universitäten. Die Lissabon-Erklärung der EUA betont die zentrale künftige Rolle der Universitäten für ein Europa des Wissens.

Die rasche europaweite Einführung des dreigliedrigen Studiensystems belegt das große Engagement der Universitäten. Diese werden die Lernzentriertheit, die Fokussierung auf Interessen der Studierenden, verstärkt ins Auge fassen und in einen intensiveren Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen, nicht nur mit staatlichen Behörden, treten. Insgesamt wird der Bologna-Prozess international mit steigendem Interesse wahrgenommen. Transparente Instrumente wie das Studienleistungspunktesystem ECTS sind Säulen des sich entwickelnden europäischen „Gütesiegels“ (siehe auch: *London Ministerial Meeting in May, Full Speech*: http://www.eua.be/fileadmin/user_upload/files/newsletter/Winckler_Speech_London_May2007.pdf).

Die forschungsgeleitete Lehre in allen Phasen des Studiums ist eine besondere Stärke der europäischen Universitäten. Im Doktoratsstudium ist diese noch besser zu organisieren. Die von der EUA geforderten Voraussetzungen für das Doktorat (mindestens dreijährig, wissenschaftlich orientiert und für die inner- und außeruniversitäre Karriere vorbereitend) wurden von den EU-Bildungsministerinnen und -ministern diskutiert und im London Communiqué im Mai 2007 festgeschrieben.

ZUR WEITERENTWICKLUNG DES UNIVERSITÄTSGESETZES: MEHR KULTIVIERUNG, WENIG NOVELLIERUNG



Johannes Hahn
Dr.
Bundesminister
für Wissenschaft
und Forschung

Ein frischer Wind weht durch die Wissenschaftslandschaft. Die Notwendigkeiten der Wissensgesellschaft haben eine Sogwirkung in vielerlei Richtungen: Die Grundlagenforschung soll neu ausgerichtet, anwendungsorientierte Forschung nicht vernachlässigt werden. Unsere Hochschulen sollen nicht nur ihrer Bildungsverantwortung nachkommen, sondern auch die Grundlagen für Forschung und Entwicklung in Österreich weiter befördern. Serviceeinrichtungen für die Nutzer verschiedenster Teilbereiche der Universitäten sollen eingerichtet und verbessert werden.

Dazu kommt durch die Autonomie die Herausforderung, die budgetäre und wirtschaftliche Entwicklung der Universität im Auge zu behalten und vermehrt Geld aus Drittmitteln einzuwerben. Der Technologietransfer soll gesteigert und die regionale Ausstrahlung der Universität für die Wirtschaftsunternehmen verbessert werden. Zusätzlich schwingt die Erwartungshaltung „zivilgesellschaftlichen Inputs“ mit, ob bei Vortragsreihen im Rahmen der Erwachsenenbildung, ob als Gutachter oder Inputgeber zu gesellschaftlichen Fragen. Dass gleichzeitig der Bologna-Prozess mit seiner Umstellung der Studien bewältigt werden muss und die Internationalisierung weiter vorangetrieben wird, führt vor Augen, was die in die Autonomie entlassenen Universitäten wirklich leisten.

Als Segler weiß ich, dass ein Schiff nicht überladen sein darf, wenn es noch an Fahrt gewinnen soll. Ballast abzuwerfen ist hier das bewährte Prinzip. So wie es richtig ist, nicht einer Reform der Reform das Wort zu reden, so ist es vernünftig, jene Adaptierungsnotwendigkeiten ernst zu nehmen, die sich abgezeichnet haben. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre – sei es im Bereich der Leistungsvereinbarungen oder im Berichtswesen – sollte gelernt werden. Niemand kann etwas dagegen haben, das Universitätsgesetz 2002 in einigen Punkten praktikabler zu machen. Mit dem UG 2002 hat Österreich ein hervorragendes, richtungweisendes Gesetzeswerk, das an so manchen Orten in Europa als Vorbild dient. Mit ihm lässt sich vieles gestalten, was bis heute noch nicht Gestalt angenommen hat.

Daher ist der Wert der Diskussion um die Weiterentwicklung darin zu sehen, dass sich auch die „Kultur“, die „Denkweise“, die „Lebenseinstellung“, die dieses Gesetz benötigt, entfalten kann. Wir brauchen wenig Novellierung, aber viel Kultivierung dessen, was das Universitätsgesetz in sich verbirgt, und noch viel mehr Gesamtschau auf den großen Rahmen des gesamten tertiären Sektors in seiner Vielfalt. Unser Bestreben muss es sein, jungen Menschen an den Universitäten und Forschungseinrichtungen eine Zukunft zu geben, damit sie unserem Land nicht verloren gehen.

JAHRESRÜCKBLICK

UNIVERSITÄTSZUGANG UND PERSONELLE NEUZUGÄNGE – JAHR DER WEICHENSTELLUNG IN DEN REKTORATEN

Dem Umbruch der politischen Landschaft im Jänner 2007 durch die Angelobung einer rot-schwarzen Koalition folgten – nach sieben Jahren Schwarz-Blau/Orange – im Lauf des Jahres teils heftige Schübe unter der Erdkruste zwischen Brüssel und Wien in der Frage Hochschulzugang. Im selben Zeitraum wurden auch kleinere tektonische Beben in der heimischen Universitätslandschaft registriert: Zwar verliefen die Rektorswahlen an 18 von 21 österreichischen Universitäten in der Regel unspektakulär, zumal die überwiegende Mehrzahl der Amtsinhaber

wieder bestellt wurde. Allerdings waren die Leitungsgremien erstmals nach dem Anfang 2004 wirksam gewordenen UG 2002 neu zu wählen – was in fünf Rektoraten zu neuen Köpfen an der Spitze der Universität führte, darunter die erste Rektorin Österreichs. Die Neuwahl des Präsidiums der Rektorenkonferenz (ÖRK) im Dezember ging demgegenüber glatt über die Bühne: Präsident und WU-Rektor Christoph Badelt wurde mit überwältigender Mehrheit in seiner Funktion für die kommende zweijährige Amtsperiode bis Ende 2009 bestätigt.

Das Kabinett von Kanzler Alfred Gusenbauer war noch voll mit dem gebrochenen Wahlversprechen der SPÖ „Abschaffung der Studiengebühren“ beschäftigt, als dem neuen Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Johannes Hahn (ÖVP), Ende Jänner anlässlich der Tagung „Hochschulzugang in Österreich“ die gleichnamige 600 Seiten starke Studie der Rektorenkonferenz überreicht wurde. Mehr als hundert Gäste und ein hochkarätig besetztes Podium bildeten die Kulisse an der Wiener „VetMed“, als Präsident Badelt die „zehn Thesen“ der Rektorenkonferenz zum Hochschulzugang präsentierte, darunter die seit 2006 eingemahnte Studienplatzfinanzierung. Mit den Worten

„Stecken Sie nicht länger den Kopf in den Sand“, forderte Badelt die anwesenden Politiker unverblümt auf, sich einer Reform der Zugangsregelung zu den Universitäten zu stellen, die seit dem EuGH-Urteil 2005 einer befriedigenden, dauerhaften Lösung harret.

Nach den anfänglich verbindlichen Erklärungen des neuen Ressortchefs wurde bald klar, dass Minister Hahn – im Zweitjob Wiener ÖVP-Obmann – vor dem Risiko des Wählerstimmenschwundes als mögliche Folge einer Kursänderung zurückschreckt. Als im Juni sogar der Wissenschaftsrat öffentlich auf allgemeine Zulassungsverfahren pochte, beschied der Minister seinem offiziellen Beratungs-

gremium: „Am freien Hochschulzugang ist derzeit nicht zu rütteln.“ Dennoch wurde im Herbst mit dem Koalitionspartner SPÖ eine Ausdehnung des zweieinhalbjährigen Provisoriums für den auslaufenden Paragraf 124b Universitätsgesetz ausverhandelt. Der Nationalrat beschloss folgerichtig, die bisherigen Zugangsbeschränkungen in sechs von acht Studienrichtungen – konkret Humanmedizin, Zahnmedizin, Veterinärmedizin, Psychologie, Publizistik und Betriebswirtschaftslehre – für weitere zwei Jahre zu verlängern.

Als Getriebene des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) und der EU-Kommission in der Zugangsfrage für ausländische Studierende konnte Österreichs Bundesregierung immerhin einen Etappenerfolg verbuchen: Noch Anfang 2007 war die im Jahr zuvor erfundene Quotenregelung für Studienanfänger/-innen an heimischen Medizinuniversitäten (20 Prozent für Bewerber/-innen aus EU-Staaten) in Brüssel auf Ablehnung gestoßen, Österreich wurde in einem Mahnbrief ein neues Verfahren vor dem EuGH angedroht. Im Herbst waren die Brüsseler Spitzen nach intensivem Lobbying durch Wien offenbar weich geklopft: Das Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich werde für fünf Jahre ausgesetzt, verkündete Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

Erfahrungswerte mit Rektorswahl

Derweilen sammelten die Leitungsgremien neue Erfahrungen mit dem UG 2002, sprich: mit der Neu- oder eigenen Wiederwahl der ÖRK-Mitglieder für die vierjährige Amtsperiode ab Oktober 2007. Während an 18 Universitäten 13 Rektoren vom Universitätsrat bestätigt wurden, bescherte die Kandidatennominierung durch den Senat oder die spätere Abstimmung des Senatsvorschlags durch den Uni-Rat manchem der amtierenden Führungskräfte eine herbe Enttäuschung – etwa dem Rektor der Universität Innsbruck, Manfred Gantner, oder dem Rektor der Universität für Bodenkultur (Boku), Hubert Dürrstein, die ihr Amt mit Ende September zurücklegten. Der Führungswechsel brachte auch erhebliche Reibungsverluste im Machtkampf zwischen Senat und Uni-Rat zum Vorschein –

Spannungen, die durch die mediale Begleitung verschärft wurden. Der latente Erwartungsdruck der Öffentlichkeit spitzte sich schließlich zur Jahresmitte auf die Schicksalsfrage zu: „Wann kommt Österreichs erste Rektorin?“ In der Tat gelang es an der Universität für Bodenkultur der Kandidatin Ingela Bruner, nach heftigen internen Turbulenzen im zweiten Anlauf als Rektorin aus der Wahl hervorzugehen.

Schwächen des UG 2002

Die gegenseitigen Blockaden von Senat und Universitätsrat machten eine der Schwächen des UG 2002 sichtbar. An der Medizinuniversität Graz hatte dies zur Folge, dass die Amtsgeschäfte an einen Vizerektor übergingen, weil sich die Verantwortlichen in den Gremien erst nach dem Jahreswechsel auf einen Nachfolger des scheidenden Rektors einigen konnten. Bei der für 2008 angesetzten kleinen Novelle des Universitätsgesetzes soll diesem Umstand durch Regelungen für eine bessere Abstimmung der Kompetenzen der Leitungsorgane Rechnung getragen werden. Apropos UG 02: Sowohl Ministerium als auch Rektorenkonferenz waren sich nach den Erfahrungen von vier Jahren darin einig, dass sich das Paragrafenwerk grundsätzlich bewährt hat – allen kritischen Anmerkungen zu Leistungsvereinbarungen oder Wissensbilanz zum Trotz.

Zu Jahresende kam es auch zu einer Neubesetzung des Präsidiums der Rektorenkonferenz, wobei die Namensänderung in Universitätenkonferenz bereits in der Oktober-Sitzung des Plenums abgesegnet wurde. Mit der Wiederwahl des Rektors der Wirtschaftsuniversität, Christoph Badelt, zum Präsidenten zogen auf dessen Wahlvorschlag auch zwei neue Mitglieder ins Präsidium ein: Boku-Rektorin Ingela Bruner und der Rektor der Universität Klagenfurt, Heinrich Mayr. Der Rektor der Universität für angewandte Kunst, Gerald Bast, folgte dem bisherigen Stellvertreter des Präsidenten, Manfred Gantner, nach. Das erstmals mit „Frauenpower“ ausgestattete Führungsteam der früheren Rektorenkonferenz hat sich für die Aufgaben 2008 bestmöglich gerüstet. mk

KOMMENTAR

APROPOS WISSENSCHAFTLICHE PRODUKTIVITÄT: ÖSTERREICH MUSS ZU SPITZENLÄNDERN AUFSCHLIESSEN



Christoph Kratky
Univ.-Prof. Dr.
Präsident des
Wissenschaftsfonds – FWF

F Ziel des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) ist es, zur Stärkung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit Österreichs im internationalen Vergleich beizutragen. Von Zeit zu Zeit ist es notwendig, eine Standortbestimmung durchzuführen. Der FWF hat das 2007 auf zweifache Weise getan. Im Mai veranstalteten wir gemeinsam mit der European Science Foundation die hochkarätig besetzte Science Impact Conference, und im Sommer veröffentlichte der FWF eine Studie, die die wissenschaftliche Produktivität der Scientific Community in Österreich mit jener wichtiger Referenzländer wie der Schweiz, Holland oder Schweden verglich. Das Ergebnis war eindeutig: Wir müssen enorme Anstrengungen unternehmen, um den Anschluss an die Spitzengruppe der wissenschaftlich stärksten Länder zu schaffen.

Ein kurzer Blick auf die Entwicklung der FWF-Fördertätigkeit zeigt, dass die Richtung stimmt, allein die „Schlagzahl“ muss erhöht werden. Die positiven Trends in der wettbewerbsbasierten Forschungsförderung setzen sich auch im Jahr 2007 fort. Gegenüber dem Vorjahr konnte das Gesamt-Bewilligungsvolumen um weitere 12,4 Millionen Euro von 150,9 Millionen auf rund 163,3 Millionen Euro gesteigert werden, wobei das gesamte Wachstum auf den sogenannten „autonomen Bereich“ des Wissenschaftsfonds entfällt. Finanziert wird der

autonome Bereich überwiegend aus Mitteln, die das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie zur Verfügung stellt.

Als wichtigster Indikator für die Wettbewerbsintensität des Fördergeschäfts des FWF gilt die Bewilligungsrate bei den Einzelprojekten. Diese Rate konnte gegenüber dem Vorjahr um weitere 2,8 Prozentpunkte verbessert werden; sie lag im Jahr 2007 bei 37,9 Prozent, wenn man die Antragssumme als Berechnungsbasis heranzieht. Gemessen an der Antragszahl stieg die Bewilligungsrate von knapp mehr als 40 Prozent im Jahr 2006 auf 41,6 Prozent. All dies ist erfreulich, wiewohl wir wesentlich niedrigere Genehmigungsquoten haben als unsere Partnerorganisationen in Deutschland und der Schweiz.

Rund 85 Prozent unseres Fördervolumens gehen an Österreichs Hohe Schulen, rund 80 Prozent der FWF-Gelder werden für die Bezahlung der Gehälter wissenschaftlich tätiger junger Menschen aufgewendet. Per 31. 12. 2007 standen rund 2.500 Wissenschaftler/innen auf unserer Gehaltsliste – Tendenz steigend! Für das Jahr 2008 stehen die Zeichen gut. Wir sind auch voll Zuversicht, dass es 2008 gelingen wird, einen ersten Schritt in Richtung Abgeltung von Overheadkosten auf den Weg zu bringen, und es gibt Signale, dass die Exzellenz-Cluster 2008 ausgeschrieben werden können.

NACHWUCHSFÖRDERUNG UND PROFILBILDUNG: PERSPEKTIVEN DER ACHSE BONN – WIEN

Margret Wintermantel
Professor Dr.
Präsidentin der
Hochschulrektoren-
konferenz – HRK, Bonn
Mitglied des Österreichischen
Wissenschaftsrates, Wien



Die wissenschaftspolitischen Herausforderungen in Österreich und Deutschland sind weitgehend analog, nicht nur wegen einer langen gemeinsamen Tradition, sondern vor allem auch angesichts derselben globalen Rahmenbedingungen.

Um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können, bedarf es einer soliden Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Hierfür müssen alle Anstrengungen unternommen werden. Der Anteil am BIP zugunsten von Lehre und Forschung ist kontinuierlich zu steigern, und zwar seitens des Staates wie auch der Wirtschaft, die sich an der Finanzierung der vollen Kosten des Wissenschaftsbetriebs beteiligen muss. Die Hochschulen konzentrieren sich auf Schwerpunkte, in denen sie über neue Forschungserkenntnisse und methodische Weiterentwicklungen Innovationskraft entfalten und den wissenschaftlichen Nachwuchs für die vielfältigsten Aufgaben auf internationalem Niveau ausbilden. Gebot der Stunde ist der Ausbau eines sich ausdifferenzierenden Gesamtsystems autonomer und rechenschaftspflichtiger Hochschulen, die unterschiedliche Ausbildungsziele verfolgen, hohe Leistungsfähigkeit in der Forschung gewährleisten und Zukunftsthemen erfolgreich bearbeiten können. Der Wettbewerb der Institutionen muss dabei vom Geist der Kooperation getragen sein, will man über die Breite der Fächer „am Ball“ bleiben.

Das Doktorat bildet die Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Ausbildung und selbständiger Forschung. Die Universitäten tragen die institutionelle Verantwortung für die Promotion, und sie müssen dafür sorgen, dass die Qualifikationskette gesichert und gefördert wird. Nur Universitäten mit sehr leistungsfähiger Doktorandenausbildung werden auf Dauer international begehrte Kooperationspartner sein.

Die Universitäten Österreichs und Deutschlands haben die Doktorandenausbildung jeweils einer Reform unterzogen, und sie arbeiten weiter daran, leistungsorientierte Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu ermöglichen. Ich wünsche mir viele und ertragreiche Kooperationen der österreichischen Universitäten mit den deutschen Graduiertenkollegs und den – innerhalb oder außerhalb der „Exzellenzinitiative“ entstehenden – Graduiertenschulen. Auch aus diesem Grund wünsche ich der – künftigen – uniko bei der Reform der Zulassung zum Graduiertenstudium und dessen Ausgestaltung einen großen Erfolg.

Die Österreichische Rektorenkonferenz hat mit ihren Konzepten zur Universitätsentwicklung und -finanzierung, zur Novellierung des Universitätsgesetzes und zur Einführung eines „Kollektivvertrages“ die Weichen bestens gestellt, um das österreichische Universitätssystem wettbewerbsfähig zu erhalten.

INTERVIEW

KOLLERITSCH: „UNIVERSITÄRER STANDARD FÜR DIE KUNST – DAS IST IN ÖSTERREICH MÖGLICH“



Otto Kolleritsch
em. Univ.-Prof. Dr.
Rektor der Universität für
Musik und darstellende
Kunst Graz bis 30. 9. 2007

F Herr Professor Kolleritsch, Sie waren seit 1979 – mit Unterbrechung als Vizerektor 1987 bis 1991 – Rektor der Hochschule, dann der Universität für Musik und darstellende Kunst Graz. Bei Ihrem Abgang im Herbst 2007 aus dem Rektorat der KUG waren Sie mit insgesamt 28 Jahren Amtszeit das längstdienende Mitglied der Rektorenkonferenz. Wie haben Sie den Wandel im Selbstverständnis der Rektorenkonferenz erlebt?

Kolleritsch: Es hat damals – anders als heute – bei den wissenschaftlichen Universitäten zweijährige Amtsperioden für den Rektor gegeben, bei den Kunsthochschulen waren es immer vier Jahre. Am Beginn dieser Perioden hatten die Rektoren konkrete Veränderungsvorstellungen und Visionen gehabt, dann hat man sich allmählich auf Lamentation zurückgezogen. Als die Reformen des UG 2002 in Sichtweite waren, unter Vorsitz von Georg Winckler (2000 bis 2005, Anm.), ist die Rektorenkonferenz aufgewacht und hat versucht, die guten Vorsätze auch zu verwirklichen.

Lässt man den System- und Kulturwandel der Universitäten Revue passieren, vom Meilenstein des UOG 1975 Hertha Firnbergs über das UG 1993, das Universitätsstudienrecht 1997, das Kunstuniversitäts-Organisationsgesetz (KUOG) 1998 bis zum UG 2002 mit der „Entlassung der Universitäten“ in die Autonomie, dazu die laufende Umsetzung des Bologna-Prozesses – wie war dieses Reformstakkato zu bewältigen?

Kolleritsch: Man war vom Rhythmus der Änderungen umschlungen. Sicherlich war die Europäische Union ein wesentlicher Faktor, dass man aufgeschlossener wurde und sich getraut hat, Traditionen zu verändern. Die Universitäten haben die Reformen angenommen und gehen jetzt einen Weg, sie auch zu bewältigen.

Sie haben immer für die Gleichrangigkeit von Kunst gegenüber der wissenschaftlichen Forschung gekämpft. Sind Sie mit der Ausbeute zufrieden?

Kolleritsch: Wir haben sehr viel erreicht – nicht nur auf Gesetzesebene –, dass es Kunstuniversitäten gibt. Da hat sich auch mental etwas ereignet. Mein Bestreben war und ist es, dass das Künstlerische ein Wissen ist, das von den Universitäten zu betreuen ist. Die Kunst braucht auch die Reflexion – genau die Vorgangsweise, die auch in der Wissenschaft wesentlich ist. Insofern ist künstlerische Arbeit auch forschungsbezogen und erkenntnisorientiert. Diese Begriffe rechtfertigen die Integration des Künstlerischen in die universitäre Struktur – das ist gelungen. Wir haben von Graz aus viel dazu beigetragen, dass man der Integration der Kunsthochschulen als Universitäten in das UG 2002 zugestimmt hat. Es hat Diskussionen gegeben – da ist zwischendurch der damalige Wissenschaftsminister Caspar Einem „umgefallen“, und auch die Musikuniversität Wien war zeitweise unentschieden, Teile von ihr haben gemauert.

Bis zum KUOG 1998 galten getrennte Organisationsrechte zwischen Universitäten und Kunsthochschulen. Wie beurteilen Sie das KUOG im internationalen Kontext?

Kolleritsch: Im Ausland bewertet man das so und sagt: Das ist halt in Österreich, wo das Künstlerische viel gilt, möglich – ein universitärer Standard für das Künstlerische. Man findet international Kunsthochschulen zwar als Fakultät an einer Universität, aber Kunstausbildung unter einem gemeinsamen Gesetz mit den klassischen Universitäten – damit hat Österreich ein Alleinstellungsmerkmal.

Vor vier Jahren haben Sie anlässlich Ihres 70. Geburtstages noch vor der „Mythologie der Konzeptionen und der Organisationen“ gewarnt ...

Kolleritsch: Das halte ich vollkommen aufrecht. Durch diese Integration des Künstlerischen wird ein Gegenpol geschaffen. Natürlich schadet es uns allen, wenn sich eine Organisationsmythologie zu etablieren beginnt. Man beschäftigt sich zu sehr mit der Welt des Managements und vergisst dabei die Inhalte. Es wäre zu hoffen, dass die Kunst dagegen resistenter ist. Rationalität und Emotionalität sind keine Gegensätze – sie wohnen ineinander. George Tabori hat gesagt: „Gefühle sind starke Gedanken.“ Vielleicht ist Kunst auch das Endziel, worauf Logik und Dialektik zielen. Die Grazer Kunstuniversität hat fünf wissenschaftliche Institute, die immer präsent waren – auch innerhalb der Praxis. Das Institut für Wertungsforschung, das ich 30 Jahre geleitet habe, hat ein Kollege aus der künstlerischen Praxis einmal das „Zentralhirn der Universität“ genannt.

Welche Bedeutung hat das von Ihnen forcierte selbstständige Promotionsrecht für die Kunststudierenden und deren Absolventinnen und Absolventen?

Kolleritsch: Das selbstständige Promotionsrecht hat sich in das Curriculum der Ausbildung an den Kunstuniversitäten geradezu natürlich eingefügt. Selbstverständlich sind es nicht alle, aber immer wieder besonders dafür Geeignete, die hier Leistungen erbringen können. Noch am Ende meiner Rektorszeit habe ich ein Exposé für das Studium des „Doctor artium“ entwickelt und für die Studienkommission eingereicht. Es handelt sich um ein PhD-Studium für Leute, die schon auf eine künstlerische Karriere

verweisen können und aus dieser Erfahrung heraus eine wissenschaftliche Reflexion finden.

Sie haben – von Firnberg bis Hahn – acht Wissenschaftsministerinnen und -minister erlebt. Wer hat Sie denn am meisten beeindruckt?

Kolleritsch: Frau Hertha Firnberg (Ministerin 1970 bis 1983, Anm.) war eine beeindruckende Persönlichkeit. Mit ihr habe ich schon für die Entwicklung der Kunstuniversitäten wichtige Fragen erörtert – ich glaube, sie wäre mit den Fortschritten sehr zufrieden. Mit Minister Erhard Busek ist ein anderer Stil in den universitären Kontext gekommen – sagen wir, die Universitäten haben europäisch zu leben begonnen. Die universitäre wissenschaftliche Professionalität von Minister Hans Tuppy durfte an große Vorbilder erinnern. Frau Bundesministerin Gehrler hat uns unser „Haus für Musik und Musiktheater“ sieben Jahre lang mit dem Postulat „Ihr braucht das nicht“ abgelehnt, ein konkret definiertes Projekt, konzipiert dafür, dass mit Musik auf Bühne und Podium Schaffende schon während der Ausbildung auf optimale Weise arbeiten lernen. 2005 wurde das Projekt schließlich ministeriell freigegeben, Ende 2008 wird es fertig sein, und ich hatte den Eindruck, dass Gehrler ihre resistente Haltung im Nachhinein für keine glückliche Idee mehr gehalten hat.

Noch ein Blick zurück auf die Kunstuniversität Graz: Welchen Stellenwert würden Sie der KUG heute – knapp drei Jahrzehnte nach Ihrem Amtsantritt – einräumen?

Kolleritsch: Die Grazer Kunstuniversität ist ein von ihrer Qualität und internationalen Anerkennung herausragendes Institut. Das lässt sich an der Steigerung der Studierendenzahlen, am wachsenden Anteil von Studierenden aus dem Ausland, derzeit 46 Prozent, ebenso ablesen wie am steigenden Interesse der Gesellschaft an den öffentlichen Aufführungen. Die ursprüngliche „Schwellenarroganz“ unseren Studentinnen und Studenten gegenüber ist gewichen: Die KUG ist heute mit rund 600 Veranstaltungen im Jahr, vor allem mit ihrem Abonnementzyklus, ein Bestandteil des Kulturlebens in Graz. Sie hat damit eine Szene geschaffen, die sich international auf Einmaligkeit berufen kann.

Das Interview führte Manfred Kadi.

IMPRESSIONEN EINES GRÜNDUNGSREKTORS

WARUM DIE VERSELBSTSTÄNDIGUNG DER MEDIZINUNIVERSITÄTEN RICHTIG WAR



Gerhard Franz Walter
Univ.-Prof. DDr.
Rektor der
Medizinischen Universität
Graz bis 30. 9. 2007

F Die Forschung oder die Lehre sind in einer unabhängigen Medizinischen Universität grundsätzlich nicht besser zu bewältigen, aber auch nicht schlechter aufgehoben als in einer klassischen Medizinischen Fakultät. International kennen wir hervorragende Medizinische Fakultäten wie auch äußerst erfolgreiche selbstständige Medizinische Universitäten wie das Karolinska Institut in Stockholm oder die Medizinische Hochschule Hannover. Eventuell mangelhaft organisierte Forschung und Lehre wären also keine ausreichende Begründung für eine so wesentliche Zäsur der österreichischen Universitätsgeschichte, wie es die Gründung eigenständiger Medizinischer Universitäten aus traditionsreichen Medizinischen Fakultäten – die Grazer Fakultät war zum Zeitpunkt der Gründung der Medizinischen Universität Graz 140 Jahre alt – darstellte.

Der tatsächliche und meines Erachtens einzig stichhaltige Grund liegt in der für Österreich spezifischen Finanzierung der Universitätskliniken. Diese sind als Häuser der klinischen Maximalversorgung in die von den Bundesländern zu verantwortende und zu finanzierende Sicherstellung der Krankenversorgung uneingeschränkt eingebunden.

In der Steiermark wird diese Verpflichtung ähnlich wie in Tirol durch eine landeseigene Krankenhaus-Gesellschaft getragen, die auch andere Landeskrankenhäuser betreibt und damit nicht allein Interessen des Universitätsklinikums vertritt. Das Universitätsklinikum in Graz ist wie das Universitätsklinikum in Innsbruck das einzige Haus der Maximalversorgung im gesamten Bundesland. Gäbe es keine Medizinische Universität, wäre der jeweilige Krankenhaus-Träger und durch ihn das Bundesland trotzdem verpflichtet, zumindest ein Haus der Maximalversorgung vorzuhalten. Es ist wohl unbestritten, dass dies auf einem medizinischen Standard erfolgen muss, der einem Land im Herzen Europas angemessen ist und der ja auch in anderen Bundesländern ohne Medizinische Universität wie Oberösterreich oder in anderen Häusern der Maximalversorgung in europäischen Ländern in einer hohen Qualität angeboten wird, die der Versorgung an einem Universitätsklinikum nicht nachsteht, wie ich aus eigener Erfahrung weiß.

Die Medizinischen Universitäten tragen einerseits durch wesentliche Personalmittel zur Sicherstellung der Krankenversorgung bei; in Wien stellt die Medizinische Universität alle

ärztlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Universitätskliniken, in Graz und Innsbruck rund die Hälfte, wodurch die Krankenhaus-Träger in ihrer Verpflichtung zur Sicherstellung der stationären Versorgung eine nicht unerhebliche finanzielle Entlastung erfahren. Andererseits ist die Beteiligung an der Maximalversorgung in hoher Qualität eine Notwendigkeit für Medizinische Universitäten, bildet sie doch die unverzichtbare Grundlage klinischer Forschung.

Preisfrage Klinischer Mehraufwand

Es ist deshalb richtig, dass die klinische Lehre und Forschung innerhalb der Universitätskliniken einen zusätzlichen finanziellen Aufwand, den so bezeichneten Klinischen Mehraufwand (KMA), verursacht, der historisch vom Wissenschaftsministerium direkt dem Krankenhaus-Träger vergütet wurde, wobei die pauschale Berechnungsmethode offenbar zunehmend Fragen aufwarf. Mit der Gründung der Medizinischen Universitäten wurden durch das UG 2002 die Ermittlung, Dokumentation und Auszahlung des KMA ab der Budgetperiode 2007 bis 2009 der jeweiligen Medizinischen Universität übertragen; der in der Leistungsvereinbarung festgelegte KMA für die Medizinische Universität Graz beträgt rund 67 Millionen Euro pro Jahr.

Die Verantwortung für die inhaltlich gerechtfertigte und gesetzeskonforme Verwendung dieser hohen Summe ist also mit dem Jahr 2007 vom Ministerium zur Universität und dort ganz unmittelbar und bis zur persönlichen Haftung hin zum Rektorat gewandert. Das hatte unter anderem zur Folge, dass die Krankenhaus-Träger in ihrem bis dato sehr freien Ermessen, welcher von ihnen getätigte Aufwand denn KMA sei, eingeschränkt wurden. Die Medizinische Universität kann nunmehr selbst definieren, welche Leistungen (Personal, Infrastruktur, Sachmittel etc.) sie beim Kranken-

haus-Träger einkaufen will sowie ob der dafür verlangte Preis angemessen ist und zum Beispiel auch einem Drittvergleich standhält.

Diese neuen Spielregeln könnten beiden Partnern Vorteile bringen, der Medizinischen Universität, indem sie zielgerichtete Schwerpunkte der klinischen Lehre und Forschung besser als bisher finanzieren kann, dem Krankenhaus-Träger, indem dringend nötige Struktur-reformen der stationären Versorgung leichter eingeleitet werden könnten, weil die Selbstverständlichkeit eines von der Medizinischen Universität kommenden hohen Jahresbeitrages zur Finanzierung des Universitätsklinikums nicht mehr gegeben ist.

Die genannten Vorteile werden der Gesellschaft jedoch nur zugute kommen, wenn die Rektorate, unterstützt von Senaten, Universitätsräten und Ministerium, imstande und willens sind, dem vielfältigen Druck von verschiedenen Seiten entgegenzutreten und die akademischen Interessen mit großer Konsequenz zu vertreten. Die Rektorate müssen der bequemen und gewohnten pauschalierten Weiterschreibung des KMA ebenso klar widersprechen wie den Vorstellungen einzelner Universitätsangehöriger aus Professoren-schaft und Mittelbau, die in unausgewogener Weise eigenen Interessen der Finanzierung der Krankenversorgung einen nicht gerechtfertigten Vorsprung gegenüber den akademischen Interessen der Lehre und Forschung geben. Auch vor „politischen Lösungen“ sollte sich ein Rektorat wegen der oben beschriebenen Haftungsproblematik hüten.

War die Verselbstständigung der Medizinuniversitäten in Österreich also richtig? Ja, und nochmals ja! Wird eine gerechte Lösung für die Finanzierung der Universitätskliniken gefunden, wird sich die Gründung der Medizinischen Universitäten für alle gelohnt haben. 

KOMMENTAR

ABSCHIED VON DER ÖSTERREICHISCHEN REKTORENKONFERENZ



Rudolf G. Ardelt
Univ.-Prof. Dr.
Rektor der Universität
Linz bis 30. 9. 2007

F Mit dem Jahreswechsel 2007/2008 geht äußerlich betrachtet eine fast hundertjährige Tradition der österreichischen Universitätsgeschichte zu Ende: An die Stelle der „Rektorenkonferenz“ tritt nunmehr die „Universitätenkonferenz“. Man mag diese Namensänderung bedauern, tatsächlich wurde damit aber ein Schritt vollzogen, der sich bereits unter dem UOG 1993 abzuzeichnen begann und mit der Einführung des UG 2002 immer dringlicher wurde.

Die Namensänderung entspricht den wesentlichen strukturellen Änderungen des österreichischen Universitätssystems – vor allem der Änderung der Funktionen der Rektoren in den letzten Jahren. Die Tradition einer ständisch-repräsentativen Rolle des Rektorats wurde abgelöst von Managementfunktionen, die mit wachsender Autonomie seit dem UOG 1993 die Aufgaben der Mitglieder der Universitätsleitung immer stärker definierten.

So zeigte sich die Notwendigkeit, eine schlagkräftige und öffentlich wirksame Interessenorganisation der österreichischen Universitäten unter den mit dem UG 2002 gegebenen Bedingungen einer weitreichenden „Autonomie“ auszubauen. Die Universitäten unterliegen eben nicht mehr einem System staatlicher Regulierung, sondern müssen ihre gemeinsa-

men Interessen definieren und politisch durchzusetzen versuchen. War es früher eine wesentliche Aufgabe der Rektorenkonferenz, zu Akten der staatlichen Hochschulpolitik und -gesetzgebung Stellung zu nehmen, so stehen nunmehr die Leitungsorgane der Universitäten sowohl den politischen Instanzen als auch allen anderen gesellschaftlichen Organisationen, die die Universitätspolitik zu beeinflussen suchen, auf gleicher Augenhöhe gegenüber.

Zugleich hat das UG 2002 die Universitäten aber auch mit der Notwendigkeit konfrontiert, verstärkt miteinander zu kooperieren und gemeinsame Regelungen, Standards und Richtlinien auszuarbeiten. Am deutlichsten trat dies bisher in den Beratungen zur Gestaltung eines Kollektivvertrages in Erscheinung, aber auch bei den Leistungsvereinbarungen, der Qualitätssicherung und Evaluierung mussten gemeinsame Zielsetzungen und Vorgehensweisen entwickelt werden. Vor allem die Autonomie der Universitäten im Bereich der Gestaltung von Studien sowie die Umsetzung der Bologna-Strukturen stellen künftig wesentliche Felder der wechselseitigen Abstimmung dar.

Sieben Jahre diese Veränderungen miterlebt und mitgestaltet zu haben, war spannend. Der „Österreichischen Universitätenkonferenz“ seien die besten Wünsche mit auf den Weg gegeben. **J**

BUDGET-REFLEXIONEN: AUTONOMIE ZWISCHEN MÄNGELLISTEN UND KONTROLLVORSCHRIFTEN

Autonomie ist gut, Kontrolle ist besser – so ähnlich mögen die Überlegungen von Vater Staat gelautet haben, als Ende März, Anfang April des vergangenen Jahres die Pläne durchsickerten, die Universitäten im Rahmen der Budgetbegleitgesetze 2007 dem Beteiligungs- und Finanzcontrolling des Finanzministeriums zu unterwerfen. Der öffentliche Protest der Rektorenkonferenz gegen den „Anschlag auf die Autonomie“ der Universitäten zeigte zumindest teilweise Wirkung. Die nahe liegenden Absichten, das Ministerium wolle sich Einblick über die finanzielle Ausstattung der Universitäten verschaffen, um nach Gutdünken die Mittelzuweisung zu ändern, wurden letztlich abgelehnt. Der Nationalrat verabschiedete einen Entschließungsantrag, worin festgehalten wurde, dass die monatlich aliquote Zuweisung für die laufende Liquidität der Universitäten „unabhängig“ sei und ein Abgehen von diesem Modus ausschließlich im Einvernehmen mit der jeweiligen Universität erfolgen könne. In zahlreichen Arbeitsgruppensitzungen konnten die Mitglieder des **Forums Budget** der Rektorenkonferenz die Emissäre der zuständigen Ministerien überzeugen, für Universitäten unzutreffende Kennzahlen aus dieser künftigen Berichtspflicht herauszunehmen.

Die bereits im Vorjahr artikulierte Kritik über die Leistungsvereinbarungen für die Periode 2007 bis 2009, abgeschlossen zwischen dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWF) und den Universitäten, blieb nicht folgenlos: Im Auftrag des BMWF befragte eine Consultingfirma die Verantwortlichen an den Universitäten zu ihren Erfahrungen mit den erstmals abgeschlossenen Leistungsverein-

barungen und holte Vorschläge zur Verbesserung ein. Auch beim so genannten Formelbudget – dieses nimmt 20 Prozent des Globalbudgets ein und wird an Hand von elf Indikatoren vergeben – wurde auf Grundlage der gesammelten Stellungnahmen der Universitäten eine Mängelliste erstellt, die 2008 abgeschlossen und dem BMWF überreicht werden soll. Als Hauptproblem wurde die Deckelung des Budgets identifiziert, die eine nachhaltige Aufwärtsentwicklung erschwert.

Im Hinblick auf die im Herbst 2008 anstehenden Verhandlungen mit dem Bund für die nächste Periode der Leistungsvereinbarungen 2010 bis 2012 wurden vom Forum Budget die mittelfristigen Budgetaussichten für die Universitäten erhoben, mit deren Hilfe man eine Mindestfinanzierung gewährleisten will. Allein die laufende Zunahme der Studierenden, die Umstellung der Studien auf die Bologna-Struktur, die anziehende Inflation, die Bezügeerhöhungen für die Angestellten und die Belastungen aus Baumaßnahmen erfordern eine massive Ausweitung der Finanzierung der Universitäten.

Personell brachte 2007 einen gravierenden Einschnitt für das **Forum Budget**: Der langjährige Vorsitzende des Forums und „Finanzminister“ der Rektorenkonferenz, Manfred Gantner, legte, bedingt durch den Führungswechsel im Rektorat der Universität Innsbruck, seine Funktionen mit 30. September zurück. Der Rektor der Universität Salzburg, Heinrich Schmidinger, erklärte sich bereit, interimistisch bis zum Ende des Wintersemesters 2007/08 den Vorsitz im Forum zu übernehmen. mk



FORUMSNOTIZEN

UNIVERSITÄRE WEITERBILDUNG IN ÖSTERREICH: EIN TEILASPEKT DES LEBENSLANGEN LERNENS



Elisabeth Westphal
Mag.
Referentin für
Bologna-Prozess,
Hochschulbildung
in Europa
und Lehre

Seit 2005 ist Lebenslanges Lernen bzw. Lifelong Learning (LLL) einer der zentralen Themenbereiche der Österreichischen Rektorenkonferenz. Nicht nur in den Diskussionen um den Europäischen und den Nationalen Qualifikationsrahmen, sondern auch im Hinblick auf die Profilbildung der österreichischen Universitäten kommt dem Thema LLL ein wesentliches Augenmerk zu. Lebenslanges Lernen ist ein allumfassender Begriff, der Bildung, Berufsbildung, Aus- und Weiterbildung inkludiert. In der österreichischen Diskussion werden jedoch die Begriffe LLL und universitäre Weiterbildung häufig synonym verwendet. Die (universitäre) Weiterbildung ist allerdings nur ein Teilbereich des LLL und sollte als solcher behandelt werden.

Durch die Hochschulreformen der letzten Jahre wurde die (wissenschaftliche) Weiterbildung nicht nur ins Gesetz aufgenommen, sondern auch die Position der Universitäten in der Weiterbildung gestärkt bzw. dadurch gezeigt, dass diese eine der Kernaufgaben der Universitäten ist. Im Hinblick auf die Bologna-Studienarchitektur und die Intentionen, dass Absolvierende nach dem ersten akademischen Abschluss zunächst in den Arbeitsmarkt eintreten sollen, um zu einem späteren Zeitpunkt an die Universität zurückzukehren, werden auch Fragen zur Abgrenzung bzw. Differenzierung zwischen „Bologna-Regelstudien“ und universitärer Weiterbildung aufgeworfen, die es noch zu klären gilt.

Um sich politisch und öffentlichkeitswirksam noch besser einbringen und positionieren zu können, wurde eine eigene Task Force Universitäre Weiterbildung gegründet. Gleichzeitig soll klar gezeigt werden, dass die Universitäten in der Weiterbildung und im weiteren Sinne im Bereich LLL wesentliche Akteure sind.

Bei den drei Veranstaltungen zu LLL, die 2007 im Rahmen der EU-Initiative Bildung 2010 das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, der Verein für universitäre Weiterbildung und Personalentwicklung AUCEN sowie die Rektorenkonferenz organisiert hatten, wurde der Schwerpunkt universitäre Weiterbildung gewählt. Die Themenkomplexe waren LLL im tertiären Bildungsbereich, Masterprogramme und Outcome-orientierte Curriculumentwicklung, die Inputs liefern sollten.

Bis dato gibt es in Österreich noch kein Gesamtkonzept LLL, in das die universitäre Weiterbildung eingebettet ist, da die vorhandenen Ressourcen primär in die Umstellung auf die dreigliedrige Studienarchitektur investiert werden. À la longue wird jedoch im Rahmen der gesamtuniversitären Aufgaben die universitäre Weiterbildung neu zu definieren und positionieren sein. Die nunmehrige Universitätenkonferenz möchte hier eine wesentliche Rolle spielen und sich in diesen Prozess einbringen.



DIE BOLOGNA-ARCHITEKTUR IM PRAXISTEST: DIE NAGELPROBEN FÜR BACHELOR UND DOKTORAT

Was ist ein Bachelor: A) Blütenknopf, B) Scharfer Hahnenfuß, C) Junggeselle, D) Akademischer Erstabschluss? Gleich vorweg: Sämtliche Antworten sind richtig. Allerdings steht nicht fest, wie hoch in einer Meinungsumfrage der Anteil jener wäre, die den Begriff Bachelor ohne Zögern D) zuordnen würden. Wirtschaft und Universitäten hatten sich daher 2007 vorgenommen, die möglichen Wissenslücken in der Öffentlichkeit zu füllen, und riefen im Herbst eine Bachelor-Initiative ins Leben. Eine gemeinsame Pressekonferenz der Präsidenten von Wirtschaftskammer (WKO), Christoph Leitl, und der Rektorenkonferenz (ÖRK), Christoph Badelt, war der Startschuss für eine Reihe von Informationsabenden unter dem Motto „Willkommen Bachelor“ an vier Universitätsstandorten, womit insgesamt mehr als 400 Zuhörerinnen und Zuhörer angelockt wurden.

Ziel der Veranstaltungen war es, eine Sensibilisierung für die neuen Abschlüsse in Gang zu bringen, vor allem bei den künftigen „Abnehmern“ von Bachelors, also Firmen- und Personalchefs, auch bei den Studierenden selbst. Die Wirtschaftskammer hatte zu diesem Zweck eine Studie in Auftrag gegeben, in der die teils unterschiedlichen Sichtweisen von Unternehmen und Universitätsangehörigen analysiert und auf deren Basis Empfehlungen erarbeitet wurden. ÖRK-Präsident Badelt nahm die Präsentation zum Anlass, um den Skeptikern den Wind aus den Segeln zu nehmen: Man werde die Studien so organisieren, dass die Absolventinnen und Absolventen arbeitsmarktfähig sind.

Der Vorsitzende des **Forums Lehre** und Vize- rektor der Universität Wien, Arthur Mettinger,

wurde ebenfalls nicht müde, bei geeigneten Anlässen die Doppelprofilierung des Bachelors zu unterstreichen. Auch wenn die zentrale Aufgabe der Universitäten die Berufsvorbildung bleibe, soll der Bachelor einerseits zur wissenschaftlichen Weiterqualifikation, andererseits zum Einstieg in den Arbeitsmarkt befähigen. Auch der Vizerektor der Universität Salzburg, Rudolf Mosler, versuchte vor der interessierten Öffentlichkeit das Missverständnis auszuräumen, das sechssemestriges Studium würde „Schmalspurakademiker“ produzieren. Auf dem Weg zur flächendeckenden Einführung von Bachelor-Studien werden Rektorenkonferenz und Wirtschaftskammer daher künftig ihre Aufgabe als Informationsdrehscheibe zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Studierenden wahrnehmen.

Nicht nur der erste, auch der letzte Abschluss der dreigliedrigen Bologna-Studienarchitektur bildete einen Schwerpunkt im **Forum Lehre**. Auf Basis eines Papiers des Forums wurden im Dezember die Empfehlungen zum „Doktoratsstudium neu“ vom Plenum der ÖRK verabschiedet. In dem Text, der 2008 als Broschüre veröffentlicht wird, hält die Rektorenkonferenz fest, dass die Umsetzung internationaler Qualitätskriterien für Doktoranden/innen nur unter zwei Voraussetzungen möglich sei: Die Universität müsse das Recht erhalten, Anwärter/innen den von ihr vorgegebenen Qualitätsstandards und vorhandenen Kapazitäten entsprechend auszuwählen; zudem benötige sie via Leistungsvereinbarungen die (Zusatz-)Mittel, um ihre Doktoratsstudierenden auch anstellen zu können. 2008 wird somit zu einer weiteren Nagelprobe für die politisch Verantwortlichen. mk



NACH ZÄHEM RINGEN UMS FREMDENRECHT – EIN HANDBUCH FÜR FORSCHUNGSKRÄFTE

Das unaufhörliche Trommeln der Rektorenkonferenz (ÖRK) gegen die Schikanen des Fremdenrechts dürfte im ersten Halbjahr 2007 die Schmerzgrenze der verantwortlichen Politiker und Beamten überschritten haben. Nach einer geharnischten öffentlichen Kritik des Vorsitzenden des **Forums Internationales**, TU-Vizekanzler Hans Karl Kaiser, an den zuständigen Ressorts in der Bundesregierung und einem medialen Nachstoß des Rektors der Universität Wien, Georg Winckler, der sich über die „katastrophalen Auswirkungen“ der einschlägigen Gesetze empörte, setzte im Frühjahr offenbar auf allerhöchster politischer Ebene ein Umdenkprozess ein. Anfang Juli kündigten Wissenschaftsminister Johannes Hahn und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein überraschend eine Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz mit Erleichterungen für ausländische Forscher und Forscherinnen sowie deren Angehörige an – Änderungen, die mit Jahresanfang 2008 wirksam wurden.

Allerdings hatte sich nach dem politischen Vorstoß im Lauf der Gespräche auf Beamtenebene herausgestellt, dass der Teufel im Detail steckt. Die Überlegungen der Ministerien betreffend die „Amtshilfe“ der Universitäten, etwa bei Annahme von Anträgen und deren Weiterleitung an die Behörden, erwiesen sich als ebenso unausgegoren wie die Haftungsproblematik bei der Aufnahmevereinbarung für die Forscher/innen. Zumindest bis zum Jahres-

ende gelang es nicht, diesbezügliche Bedenken vollständig auszuräumen. Als konkretes Ergebnis der Gespräche wurde immerhin die Idee eines Handbuchs (Information Guide) für ausländische Forschungskräfte geboren, die – bei allen Vorbehalten – von der Rektorenkonferenz grundsätzlich begrüßt wurde.

In einer Stellungnahme des **Forums Internationales** der ÖRK zum Jahreswechsel brachten die Mitglieder des Forums aber ihre Bedenken und Empfehlungen zum Ausdruck: Um tatsächliche Erleichterungen zu erzielen, sei es unabdingbar, die vollziehenden Behörden anzuweisen, die Anträge von Forscher/innen „prioritär zu behandeln“. Zum heiklen Punkt der Forscher/innen-Definition wurde festgehalten, dass die jeweilige Forschungseinrichtung zu entscheiden habe, wer als Forscher/in anzusehen sei. Es gehe jedenfalls nicht an, wie ursprünglich von Ministeriumsseite erwogen, das Ansehen eines Forschers oder einer Forscherin vom Gehalt abhängig zu machen.

Darüber hinaus brach das Forum in seiner Stellungnahme auch eine Lanze für die Studentinnen und Studenten: Es sei unbedingt notwendig, deren Situation in die geplante Broschüre aufzunehmen. Sollte dies nicht möglich sein, müsste eine vergleichbare Unterlage für die Anliegen der Studierenden bzw. die für sie in Aussicht gestellten Erleichterungen – darunter die bedingte Zulassung – entworfen werden. *mk*

FORSCHTÖNE IN DER FORSCHUNG: MEHR LICHT IM FÖRDERDSCHUNDEL

Der schwelende Unmut betreffend die Kooperation der österreichischen Universitäten mit der bundeseigenen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) führte im Juni 2007 zu einer offenbar dringend notwendigen Standortbereinigung: Im Rahmen einer Aussprache der Mitglieder des **Forums Forschung** mit FFG-Geschäftsführer Klaus Pseiner wurde diesem ein Positionspapier mit jenen Themenbereichen übergeben, die aus Sicht der Universitäten zumindest teilweise als „unbefriedigend oder nachteilig“ empfunden worden waren. Es handelt sich dabei um die Anbahnungsfinanzierung von Projekten, die Trainings für Beratungsstellen und Veranstaltungen für die Universitäten sowie Unzulänglichkeiten in der Kooperation, beispielsweise in der Weitergabe von Informationen.

Beide Seiten hoben allerdings ihr Interesse an einer konstruktiven Zusammenarbeit in Sachen „Europäische und Internationale Programme“ (EIP) hervor – zumal es sich die FFG zur Aufgabe gemacht hat, die Beteiligung österreichischer Unternehmen, Universitäten und Forschungseinrichtungen an europäischen und internationalen Forschungs- und Technologiekooperationen zu stärken. Zum Jahresende analysierte die zuständige FFG-Bereichsleiterin Sabine Herlitschka die universitäre Beteiligung an den EU-Forschungsrahmenprogrammen und lieferte wertvolle Hin-

weise für die strategischen Herausforderungen für die Universitäten in dem mit Anfang 2007 angelaufenen 7. Rahmenprogramm.

Erste Fortschritte zeichneten sich auch beim Thema Intellectual Property Rights (IPR) und bei der Frage des Umgangs mit Patentrechten für Erfindungen an universitären Einrichtungen ab. So wurde unter anderem eine Fortsetzung von „uni:invent“ – ein Programm zur Unterstützung der österreichischen Universitäten bei der Bewertung, Patentierung und Verwertung von Erfindungen – in Zusammenarbeit mit der Förderbank „Austria Wirtschaftsservice“ (aws) und den zuständigen Bundesministerien auf die Beine gestellt.

Die Neuwahl der Rektorate im abgelaufenen Jahr hatte naturgemäß auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung des **Forums Forschung**: So wurden knapp zwei Drittel der bisherigen Mitglieder des Forums im Herbst durch neue Vertreter/innen der jeweiligen Universitäten ersetzt. Auch der langjährige Vorsitzende des **Forums Forschung** und Vizerektor der Universität Graz, Friedrich Zimmermann, legte seine Funktion in der Rektorenkonferenz mit Ende September zurück. Zum interimistischen Nachfolger für die Dauer des Wintersemesters 2007/08 wurde der neue Vizerektor der Universität Wien, Heinz Engl, gewählt. mk



KOLLEKTIVVERTRAG UND SEINE MEHRKOSTEN: DER WILLE ZUR FINANZIERUNG ALS SCHICKSALSFRAGE

F Nach rund vier Jahren mit Etappenerfolgen, Rückschlägen und Neustarts erzielten im Frühjahr 2007 die Verhandlungsteams des Dachverbandes der Universitäten und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) eine Einigung über den Entwurf des Kollektivvertrages für das Personal der österreichischen Universitäten. Beide Seiten sprachen von einem „Meilenstein“ und einer neuen Ära der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse für Universitätsbedienstete. Nicht ohne Stolz überreichten daher die Spitzen der Verhandlungsteams den akkordierten Text Mitte April dem neuen Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, Johannes Hahn.

In den folgenden Monaten wurden Stellungnahmen sowohl seitens der Universitäten als auch seitens der Gewerkschaft durch ein kleines Verhandlungsteam des Dachverbandes und der GÖD eingearbeitet, sodass mit 14. September 2007 die nunmehr vollständig akkordierte und redaktionell überarbeitete Fassung vorgelegt werden konnte.

Zugleich führten ab Juli 2007 der Dachverband unter dem Vorsitz des Rektors der Universität Linz, Rudolf Ardelt, und die Universitäten Berechnungen der Mehrkosten des Kollektivvertrages durch, die einerseits durch die Neugestaltung der Gehälter für den wissenschaftlichen Nachwuchs sowie die Gruppe der Lektoren und Lektorinnen, andererseits durch die tiefgreifende Neugestaltung des Gehaltssystem für das allgemeine Personal der Universitäten bis 2015 jährlich anfallen werden. Ein Teil der Mehrkosten fällt auch auf die gesetzlich vorgesehene kollektivvertragliche Regelung eines

betrieblichen Pensionskassensystems für jene Universitätsprofessoren und -professorinnen, die seit 2001 an die österreichischen Universitäten berufen wurden und künftig berufen werden. Dahinter steht auch das Bemühen, die Konkurrenzfähigkeit der Universitäten auf dem Arbeitsmarkt und die Attraktivität wissenschaftlicher Laufbahnen zu erhöhen.

Während die Beteiligten mit Hochdruck am Feinschliff arbeiteten, sorgte Finanzminister Wilhelm Molterer (ÖVP) mit einer parlamentarischen Anfragebeantwortung für Irritationen und in der Folge für parteipolitisches Gezänk. Eine Vereinbarung mit der früheren Bildungsministerin Elisabeth Gehrler, wonach der Bund die anfallenden Mehrkosten für den Kollektivvertrag übernehme, sei ihm nicht bekannt, beschied der fürs Bundesbudget verantwortliche Ressortchef dem Hohen Haus. Die Reaktionen schwankten – je nach Temperament der Oppositions- und Regierungspolitiker – zwischen Erstaunen und Empörung; GÖD und Dachverband pochten auf Einhaltung der Abmachungen.

Im Dezember 2007 wurden die komplizierten Berechnungen abgeschlossen. Kurz nach dem Jahreswechsel übergab der Präsident der nunmehrigen Universitätenkonferenz, Christoph Badelt, die Unterlagen mit den Kalkulationen persönlich an Hahn, der Gespräche für das erste Quartal 2008 in Aussicht stellte. Damit wurde der Weg geebnet für Verhandlungen mit den zuständigen Bundesministerien über die Finanzierung der Mehrkosten (zwischen 50 und 80 Millionen Euro jährlich) – und über das Schicksal des Kollektivvertrages. mk

SPLITTER MOMENTAUFNAHMEN 2007



1 WEISSBLAUE GESCHICHTEN: Gruppenfoto nach dem Meinungsaustausch zwischen den Delegationen der „Universität Bayern“ und der Österreichischen Rektorenkonferenz an der „Angewandten“ im Dezember.

2 EINSTANDSPRÄSENT: ÖRK-Präsident Badelt (im Bild li.) und Montanuni-Rektor Wegscheider (im Bild re.) überreichen dem neuen Minister Hahn die ÖRK-Studie „Hochschulzugang“ bei der gleichnamigen Tagung an der „VetMed“ im Jänner.

3 PRÄSIDENTEN IM DOPPELPAK: Christoph Leitl (im Bild re.) und Christoph Badelt, die Chefs der Wirtschaftskammer und der Rektorenkonferenz, rühren bei der Pressekonferenz im Oktober die Werbetrommel für den „Bachelor“.

4 ERSTE REKTORIN: Premiere bei der 18. Plenarversammlung der ÖRK am 15. Oktober an der Uni Graz – Präsident Badelt begrüßt mit Ingela Bruner (Boku) erstmals eine Frau als neues Mitglied der Rektorenkonferenz.

5 SAUDISCHE IMPRESSIONEN: Auf Einladung Saudi-Arabiens besucht im Februar eine Abordnung der Österreichischen Rektorenkonferenz sechs Universitäten des Königreichs. Delegationsleiter Rektor Sünkel (Bild oben re.) und Rektor Wegscheider überreichen Gaben aus dem Abendland.



NEUE MITGLIEDER

EXZELLENZSCHWERPUNKTE ALS HERAUSFORDERUNG



Richard Hagelauer
Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr.
Rektor der
Universität Linz

Die Zukunft der Universitäten unseres Landes liegt im Erkennen der wichtigen Zukunftsfelder und in der Stärkung und Etablierung von Exzellenzschwerpunkten. Nur so können international sichtbare „Leuchttürme der Forschung“ etabliert werden, von denen auch unsere Studierenden profitieren. Forschungsfelder und -gebiete in denen bereits auf internationalem Top-Niveau geforscht wird, müssen besonders gefördert und ausgebaut werden. Dabei ist klar, dass eine Streuung über Österreich stattfinden muss. Nicht jede österreichische Universität kann alles anbieten, und nicht jedes Institut kann Forschung auf Spitzenniveau betreiben.

In dieser Aufbruchstimmung könnte es gelingen, in Österreich wieder Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Forschen Spaß macht, junge Forscher und Forscherinnen entsprechend gefördert werden und die notwendigen Ressourcen und die passende Infrastruktur zur Verfügung stehen – sofern es sich nicht nur um Lippenbekenntnisse gehandelt hat.

PLATTFORM FÜR OFFENEN MEINUNGSAUSTAUSCH



Ingela Bruner
Dipl.-Ing. Dr.
Rektorin der Universität
für Bodenkultur

Die mediale Aufmerksamkeit für die erste Rektorin Österreichs ist nach wie vor eine willkommene Gelegenheit, mich zu bildungspolitischen Themen zu äußern. Auch die Österreichische Rektorenkonferenz – ab 2008 Österreichische Universitätenkonferenz – bietet die Plattform für eine entsprechende Diskussion mit meinen Kollegen Rektoren. Besonders freue ich mich über die Offenheit des Meinungsaustausches und das Zulassen von unterschiedlichen Positionen.

Bereits in der ersten Plenarversammlung sowie bei der ersten Pressekonferenz mit den im Oktober neu ins Amt gekommenen Kollegen und mir konnten wir Überlegungen und Gedanken einbringen. Die Fragen, die mich persönlich bewegen: Geben wir der Lehre und den Lehrenden die Anerkennung und den Stellenwert, die ihnen gebühren? Werden wir unserer Verantwortung gerecht, angehenden Studierenden genügend Information für die Wahl der für sie richtigen Universität und Studien zu geben? Binden wir unsere Studierenden wirklich ein? Berücksichtigen wir die Barrieren für das Studium? Wie sehen unsere Rahmenbedingungen für das Lernen aus? Mir ist es wichtig, auch diese Fragen sowie die des Zugangs zu unseren Universitäten in der künftigen „uniko“ zu behandeln. Ich freue mich sehr auf den Beitrag, den wir gemeinsam zur Bildungspolitik erbringen können.

DER WILLE, GEMEINSAM DAS BESTE ZU ERREICHEN

Karlheinz Töchterle
Univ.-Prof. Mag. Dr.
Rektor der
Universität Innsbruck



Die Österreichische Rektorenkonferenz ist nicht nur als Koordinationsstelle und als zentrale Vertreterin der 21 staatlichen österreichischen Universitäten wichtig, sondern spielt auch als Stimme der Universitäten in der Öffentlichkeit eine bedeutende Rolle. Mit der Umbenennung in Österreichische Universitätenkonferenz zum Jahreswechsel 2007/08 setzte die Vereinigung ein deutliches Zeichen: Im Vordergrund stehen nicht die Interessen der einzelnen handelnden Personen, der Rektoren, vielmehr geht es um die Universität in ihrer Gesamtheit, also um Studierende, Lehrende und das Rektorat gleichermaßen.

Vor diesem Hintergrund sehe ich auch meine Aufgabe als Rektor. Es gilt, als Vermittler zwischen den verschiedenen Ansprüchen, Wünschen und Erfordernissen das Beste für die gesamte Universität zu erreichen. Die Rektorenkonferenz sehe ich – auch unter ihrem neuen Namen – als wichtige Partnerin bei dieser Arbeit, indem sie mich einerseits mit ihrer vielfältigen Kompetenz nach innen unterstützt, andererseits eine starke und überzeugungsfähige Rolle nach außen spielen kann.

STRATEGISCHE ARBEIT ZUM VORTEIL DER UNIVERSITÄTEN

Georg Schulz
Univ.-Prof. MMag. Dr.
Rektor der
Kunstuniversität Graz



Bereits als Vizerektor für Lehre konnte ich im Rahmen meiner Mitarbeit im Forum Lehre (2003–2007) die Vorteile des Gedankenaustausches über Universitätssparten hinaus schätzen und die Bedeutung der programmatisch strategischen Arbeit der Rektorenkonferenz für die österreichische Universitätslandschaft verstehen.

In den ersten Monaten meiner Amtszeit als Rektor ist es den Rektoren der sechs Kunstuniversitäten durch eine konzertierte, von Rektor Bast in die Wege geleitete Initiative gelungen, die Bedeutung von Entwicklung und Erschließung der Künste im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu manifestieren und dadurch den Wissenschaftsfonds dazu zu bewegen, eine eigene – dringend notwendige – Förderschiene in Aussicht zu stellen. Ich freue mich, dass die nunmehrige Universitätenkonferenz die gemeinsamen Positionen der Universitäten repräsentiert und damit auch jede einzelne Universität stärkt. Dies erscheint mir besonders wichtig, unter anderem in der Mitwirkung zur UG-Reform, im Verhältnis zur BIG, in Fragen zur Budget- und Personalpolitik und im Qualitätsmanagement. Ich freue mich auf die gemeinsame Arbeit, auf die Gespräche am Rande der Sitzungen und auf gute Ergebnisse zum Vorteil der österreichischen Universitäten.

KOMMENTAR

REKTOREN-APPELL WAR UNÜBERHÖRBAR: ENDLICH FÖRDERUNG FÜR KUNSTUNIVERSITÄTEN



Gerald Bast
Dr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Kunstuniversitäten

■ Nach einer langen Reihe von Ärgernissen, Missverständnissen und Enttäuschungen besteht nach Ablauf des vergangenen Jahres erstmals eine realistische Chance, dass es für Projekte im Bereich der „Entwicklung und Erschließung der Künste“ doch ein Förderungsinstrumentarium geben wird. Nach einem gemeinsamen öffentlichen Appell aller sechs Rektoren der österreichischen Kunstuniversitäten im November 2007 ist endlich Bewegung in die seit Jahren verfahrenere Situation gekommen. Der Wissenschaftsfonds FWF hat sich – in Absprache mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung – bereit erklärt, ein gesondertes Förderprogramm für die „Entwicklung und Erschließung der Künste“ abzuwickeln.

In Gesprächen mit dem FWF konnte inzwischen weitgehende Einigung über die Eckpunkte eines derartigen Förderprogramms erzielt werden. Wichtigster Aspekt dabei ist, dass mit der neuen Initiative nicht das System der Kunstförderung konkurrenziert oder ergänzt werden soll. Es geht nicht um die Förderung der künstlerischen Produktion, sondern um die Stimulierung künstlerischer Entwicklungsstrategien – in

Analogie zur Forschungsförderung als Stimulierung der Entwicklung der Wissenschaften. Ab April 2008 – dann soll es ein zwischen dem FWF und den Kunstuniversitäten akkordiertes inhaltliches Detailkonzept für das neue Programm geben – wird es an den politischen Instanzen liegen, das Förderprogramm zur „Entwicklung und Erschließung der Künste“ mit einem sinnvollen, in den nächsten Jahren wohl gestaffelten Rahmenbudget auszustatten.

Auch für ein weiteres Anliegen der Kunstuniversitäten scheint zumindest teilweise eine Lösung in Sicht: Die bisher starre – und von der Bologna-Erklärung in dieser Form gar nicht gedeckte – Begrenzung des Bakkalaureatsstudiums auf drei Jahre soll im Zuge der kommenden Reform des Universitätsgesetzes flexibilisiert werden.

Apropos Universitätsreform: Eine Kardinalforderung der Kunstuniversitäten sei in diesem Zusammenhang noch einmal wiederholt: Sofortige Streichung des „Formelbudgets“, das in allen Indikatoren für die Kunstuniversitäten total unpassend ist, und drastische Reduktion des Berichtswesens! ■

AUFNAHMEVERFAHREN UND HAFTUNGSFRAGEN: MEDIZINUNIVERSITÄTEN ALS TESTFALL



Wolfgang Schütz
Univ.-Prof. Dr.
Sprecher der Arbeitsgruppe
Medizinische Universitäten

R Zwei die Medizinischen Universitäten betreffende Besonderheiten, aber auch Probleme traten 2007 zutage: erstens die Aufnahmeverfahren für die Zulassung zu den Medizinischen Diplomstudien, zweitens das Spannungsfeld Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz (KA-AZG).

Zum Thema Aufnahmeverfahren: Seit zwei Jahren ist zumindest für das Medizinstudium ein Aufnahmetest politisch akzeptiert, ungeachtet dreierlei Arten von Kritik: (i) es würde nur die für ein naturwissenschaftlich orientiertes Studium erforderliche Eignung geprüft, aber keine soziale Eignung für den ärztlichen Beruf; (ii) er benachteilige Österreicher, da deutsche Bewerberinnen und Bewerber signifikant besser abschneiden, und (iii) er benachteilige Frauen (insbesondere Österreicherinnen). Während (ii) und (iii) derzeit Gegenstand wissenschaftlicher Analysen sind, wäre zu (i) zu sagen: So wichtig eine richtige soziale Einstellung für medizinische Berufe ist, wenn nicht das notwendige Wissen vorhanden ist, sollen die Patientinnen und Patienten einen Arzt / eine Ärztin eher meiden. Ein Zulassungstest kann nur die erforderliche intellektuelle Eignung für ein Studium (oder – wie in Graz – das erforderliche schulische Vorwissen) abfragen, (soziale) Haltungen müssen dann im Studium selbst vermittelt werden.

Zum Thema Arbeitszeitgesetz: Universitäten sind als Körperschaften öffentlichen Rechts haft- und strafbar, wenn vom Arbeitsinspektorat

Arbeitszeitüberschreitungen angezeigt werden. Das war vor dem 1. 1. 2004, als Universitäten nachgeordnete Dienststellen des Bundes waren, nicht nur nicht der Fall, sondern Verwaltungsstrafen konnten und können für Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) gar nicht verhängt werden! Besonders hart trifft diese Haftungspflicht die Medizinischen Universitäten, die für ihre im jeweiligen Universitäts-spital tätigen Ärztinnen und Ärzte das KA-AZG zu beachten haben. Medizinische Universitäten können das Leistungsspektrum für die Patientenbehandlung nicht definieren und haben somit keineswegs den Spielraum eines ausgelagerten Spitalsträgers, die ärztliche Arbeitszeit auch gesetzeskonform einzuhalten.

Am deutlichsten äußert sich diese Problematik an der Medizinischen Universität Wien, die als einzige Medizinische Universität sämtliche Ärztinnen und Ärzte in dem von der Stadt Wien getragenen Universitätsspital AKH stellt. An den Standorten Graz und Innsbruck stellen die jeweiligen Krankenanstaltenträger etwa 50 Prozent der Ärztinnen und Ärzte selbst zur Verfügung, die beschriebene Problematik gilt nichtsdestotrotz auch für die dortigen Medizinischen Universitäten.

Die Rektoren haben diese Standpunkte im öffentlichen Diskurs beherzt vertreten und werden sich auch künftig nicht scheuen, unbequeme Wahrheiten zu artikulieren.

GASTKOMMENTAR

ZU DEN PERSPEKTIVEN DES DOKTORATS: ZWISCHENRUF DES WISSENSCHAFTLICHEN NACHWUCHSES



Esther Hutfless
Mag.
Präsidentin von
doktorat.at

R doktorat.at dient der Vernetzung und Interessenvertretung von Doktorandinnen und Doktoranden und anderen Jungforscherinnen und Jungforschern in Österreich. Als offene Plattform fördert doktorat.at den Informationsaustausch zwischen Nachwuchsforschern und -forscherinnen und bringt deren Stimme im Dialog mit den Entscheidungsträgerinnen und -trägern aus Politik, Wissenschaft und Forschung ein. Ziel ist die qualitätsvolle Neugestaltung des Doktorats, ausgehend von den Bedürfnissen der Betroffenen.

Die aktuellen Diskussionen zeigen, dass diese Bemühungen vielfach auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Dem Doktorat wird nun eine große Bedeutung in der Entwicklung des Europäischen Forschungsraumes zugestanden. Auch die Österreichische Rektorenkonferenz widmet dem Doktorat ein eigenes Empfehlungspapier, das u. a. die Bedeutung der Betreuung sowie die Rolle der Doktorandinnen und Doktoranden als Early Stage Researchers hervorhebt und die Förderung der Mobilität betont.

Trotz der positiven Impulse bleiben viele Problembereiche unangetastet. So wird versucht, die mangelnde Finanzierung von öffentlicher Hand durch die Forderung nach „Exzellenz“ und „Elite“ zu kompensieren. Die begrenzt zur Verfügung stehenden Mittel sollen ausgewählten Doktorandinnen und Doktoranden in struk-

turierten Doktoratsprogrammen und in Form von Anstellungsverhältnissen mit Universitäten zugute kommen. Abgesehen davon, dass der Begriff der „Elite“ höchst fragwürdig ist, ist ein derartig enges Verständnis der Nachwuchsförderung praktisch nur ein – allerdings begrüßenswerter – Tropfen auf den heißen Stein.

Sofern die Entwicklung eines Europäischen Forschungsraumes und damit das Bestreben, den Anteil der Forscherinnen und Forscher signifikant zu erhöhen, ernst genommen wird, müssen in Zukunft innovative Konzepte entwickelt werden, die Synergieeffekte zwischen Doktoratsprogrammen und Individualdokoraten herstellen und ein qualitativ hochwertiges Doktorat für eine breite Basis an Doktoranden und Doktorandinnen gewährleisten. Dazu müssen inländische Wissenschaftsbetriebe längerfristige Karriereperspektiven bieten.

Gleichzeitig muss berücksichtigt werden, dass Forscherinnen und Forscher auch in Wirtschaft, Technologie und anderen Sektoren zentral verankert sind. Mit praxisnaher Expertise, strategischem Weitblick und der notwendigen Kreativität begleitet doktorat.at gerne alle wissenschafts- und forschungspolitischen Initiativen, die die österreichische Forschungslandschaft sinnvoll und nachhaltig stärken wollen. In diesem Sinne freuen wir uns auf eine gute Zusammenarbeit.

REIZWÖRTER BELEBEN AKADEMISCHEN DISKURS: DER SAGER ALS DROGE IM MEDIEN-DEAL



Manfred Kadi
Referent
Öffentlichkeitsarbeit

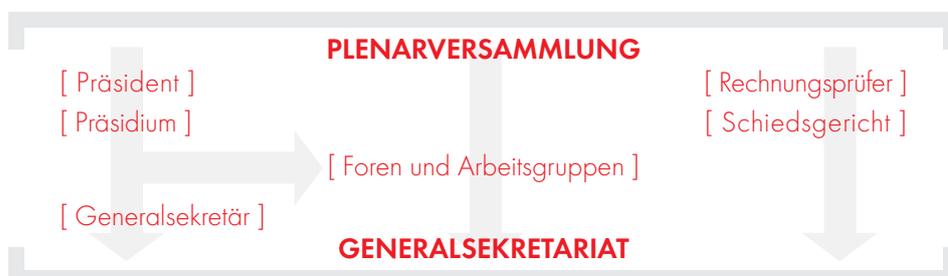
Das „Zitat des Jahres“ entschlüpfte dem Mund des Vizerektors der TU Wien, Hans Karl Kaiser. Als Vorsitzender des Forums Internationales der ÖRK hatte der Universitätsprofessor Anfang März im Newsletter 2/07 der Rektorenkonferenz den folgenschweren Satz zu Protokoll gegeben: „Ich kann nicht verstehen, warum man Wissenschaftler, die als Gäste an unsere Universitäten eingeladen werden, wie Drogendealer behandelt, und Studierende, die nach Österreich wollen, wie Gauner.“

Dieser Befund über die Schikanen des Fremdenrechts wurde zuerst von der APA aufgegriffen und entwickelte sodann eine ungeahnte Eigendynamik – in den folgenden Wochen wurde Kaisers „Sager“ von den Tageszeitungen dankbar aufgegriffen, und Mitte Mai geisterte eine Kurzversion gegen Mitternacht auf die TV-Bildschirme von mehr als 200.000 Zusehern. Prof. Kaiser fand sich unversehens „im Zentrum“ einer Fernsehsendung und klärte den ORF-Moderator über die Probleme der Universitäten auf, den internationalen Austausch von Wissenschaftler/innen betreffend. Wieder einmal zeigte sich die Macht der (elektronischen) Medien: Offenbar war den Politikern die ständige Wiederholung des Vergleichs bezüglich der Behandlung ausländischer Wissenschaftler mit „Drogendealern“ so peinlich geworden, dass sie im Frühjahr erste Vorkehrungen für eine Gesetzesnovelle trafen.

Auch Präsident Christoph Badelt nützte Ende Februar den ORF-Sendeplatz am Sonntagabend, um vor 340.000 Bildschirmgästen den Standpunkt der Rektorenkonferenz zu den Reizwörtern Hochschulzugang und Medizinerquoten darzulegen. Schon zuvor hatte das Thema Universitätszugang einen rekordverdächtigen Niederschlag gefunden. Praktisch alle Tageszeitungen berichteten, zum Teil in Aufmachern, von der ÖRK-Tagung Ende Jänner; die von der Rektorenkonferenz in Auftrag gegebene Studie wurde ausführlich gewürdigt – und von der APA in einer Meldungskette regelrecht ausgeschlachtet.

In Sachen Universitätsfinanzierung und UG 02 herrschte unterm Jahr ebenfalls reges Interesse der Printmedien, sodass „Rektorenchef“ Badelt in mehreren, teils ganzseitigen Interviews, inklusive Blattaufmachern, die Positionen der ÖRK in den wichtigen überregionalen Zeitungen der Öffentlichkeit nahe bringen konnte. Zusätzlich versuchte Generalsekretär Heribert Wulz gemeinsam mit dem Pressereferenten, den Informationsbedarf der Medienvertreter/innen mit Hintergrundgesprächen zu ergänzen. Die Herausforderung 2008 wird sein, der neuen Marke „Universitätenkonferenz“ dieselbe mediale Resonanz zuteil werden zu lassen wie der vormaligen Rektorenkonferenz.

ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN REKTORENKONFERENZ



FOREN

Foren sind Plattformen zur Kommunikation und Koordination zwischen den Mitgliedern der Rektorate in fünf Fachbereichen:

Budget und Ressourcen

Vorsitz:

Rektor Manfred Gantner
Universität Innsbruck (bis 30. September 2007)

Interimistischer Vorsitz:

Rektor Heinrich Schmidinger
Universität Salzburg (ab 1. Oktober 2007)

Subarbeitsgruppen:

Wissensbilanz
Bibliotheksfragen
Bundesimmobilien-gesellschaft (BIG)
Wartungsverträge
Generalsanierungen
Beteiligungscontrolling
Mittelfristige Budgetaussichten

Forschung und Erschließung der Künste

Vorsitz:

Vize-Rektor Friedrich Zimmermann
Universität Graz (bis 30. September 2007)

Interimistischer Vorsitz:

Vize-Rektor Heinz Engl
Universität Wien (ab 1. Oktober 2007)

Subarbeitsgruppen:

Wissensbilanz
IPR/uni:invent

EU-Forschung / 7. Rahmenprogramm
Gesamtösterreichische Forschungs-
dokumentation
Uni-Infrastruktur & Grundlagenforschung
Alpbacher Universitätstag

Lehre

Vorsitz:

Vize-Rektor Arthur Mettinger
Universität Wien

Subarbeitsgruppe:

Doktoratsprogramme
Akademische Grade

Task Force:

Lehramt
Universitäre Weiterbildung
Nationaler Qualifikationsrahmen

Internationales

Vorsitz:

Vize-Rektor Hans Karl Kaiser
Technische Universität Wien

Personal

Vorsitz:

Rektor Rudolf G. Ardelt
Universität Linz

AD-HOC-ARBEITSGRUPPEN

Steuerungsgruppe Hochschulzugang
Wiener Rektoren
Campuskauf

ARBEITSGRUPPEN

Arbeitsgruppen dienen der Behandlung spezifischer Anliegen bestimmter Typen von Universitäten:

Kunstuniversitäten

Sprecher:

Rektor Gerald Bast
Universität für angewandte Kunst Wien

Medizinische Universitäten

Sprecher:

Rektor Wolfgang Schütz
Medizinische Universität Wien

TERMINE DER PLENARVERSAMMLUNGEN 2007

15. ordentliche Plenarversammlung

am 22. Jänner 2007
Technische Universität Wien

16. ordentliche Plenarversammlung

am 3. April 2007
Universität Salzburg

17. ordentliche Plenarversammlung

am 4./5. Juni 2007
Universität Linz

18. ordentliche Plenarversammlung

am 15. Oktober 2007
Universität Graz

19. ordentliche Plenarversammlung

am 3. Dezember 2007
Universität für angewandte Kunst

ÖRK-AKTIVITÄTEN 2007 IN ZAHLEN

Plenarversammlungen	5
Präsidiumssitzungen	8
Sitzungen der Foren und (Sub-)Arbeitsgruppen	51
Sitzungen des Dachverbandes der Universitäten (inkl. Forum Personal)	18
Tagungen, die von der ÖRK (mit)veranstaltet wurden	8
Beschickte Tagungen im Ausland	27
Beschickte Tagungen im Inland	72
Empfänge ausländischer Gäste	5
Pressekonferenzen	1
Presseaussendungen	16
Offizielle Stellungnahmen	12

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER REKTORENKONFERENZ

Vorstand:

Präsident:

Generaldirektor Dr. Walter Rothensteiner

Stellvertreter des Präsidenten:

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Schriftführer:

Univ.-Prof. Dr. Manfred Welan

Kassier:

Dr. Gerhard Riemer

ORGANE

ORGANE DER ÖSTERREICHISCHEN REKTORENKONFERENZ

PRÄSIDENT

Christoph Badelt
Wirtschaftsuniversität Wien

PRÄSIDIUM

Manfried Gantner
Vizepräsident, Universität Innsbruck
(bis 30. September 2007)

Rudolf G. Ardelt
Universität Linz
(bis 30. September 2007)

Gerald Bast

Universität für angewandte Kunst Wien

Hubert Dürrstein

Universität für Bodenkultur
(bis 30. September 2007)

Wolfgang Schütz

Medizinische Universität Wien

Hans Sünkel

Technische Universität Graz

Georg Winckler (kooptiert)

Universität Wien

PLENARVERSAMMLUNG

Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Georg Winckler

Medizinische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Schütz

Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Alfred Gutschelhofer

Medizinische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. DDr. Gerhard Franz Walter
ab 1. Oktober 2007

Vize ректор Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Tscheliessnigg

Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Dr. Manfred Gantner
ab 1. Oktober 2007

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Karlheinz Töchterle

Medizinische Universität Innsbruck

Rektor Univ.-Prof. Dr. Clemens Sorg

Universität Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich Schmidinger

Technische Universität Wien

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Peter Skalicky

Technische Universität Graz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Hans Sünkel

Montanuniversität Leoben

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing.
Dr. Wolfhard Wegscheider

Universität für Bodenkultur Wien

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Fw. Dr. Hubert Dürrstein
ab 1. Oktober 2007

Rektorin Dipl.-Ing. Dr. Ingela Bruner

Veterinärmedizinische Universität Wien

Rektor Wolf-Dietrich Freiherr von Fircks

Wirtschaftsuniversität Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Christoph Badelt

Universität Linz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Rudolf G. Ardelt
ab 1. Oktober 2007

Rektor Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Richard Hagelauer

Universität Klagenfurt

Rektor Univ.-Prof. Dr. Heinrich C. Mayr

Akademie der bildenden Künste Wien

Rektor Univ.-Prof. Dr. Stephan Schmidt-Wulffen

Universität für angewandte Kunst Wien

Rektor Dr. Gerald Bast

Universität für Musik und darstellende Kunst Wien

Rektor Univ.-Prof. Mag. Dr. Werner Hasitschka

Universität Mozarteum Salzburg

Rektor Univ.-Prof. Reinhart von Gutzeit

Universität für Musik und darstellende Kunst Graz

Rektor em. Univ.-Prof. Dr. Otto Kolleritsch
ab 1. Oktober 2007

Rektor Univ.-Prof. MMag. Dr. Georg Schulz

Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz

Rektor Univ.-Prof. Dr. Reinhard Kannonier

GENERALSEKRETARIAT

Heribert Wulz
Mag.
Generalsekretär



Doris Schöberl
Mag.
Stellvertretende
Generalsekretärin
Rechtsfragen
Dachverband der Universitäten



Gerda Priessnitz
Internationales
bis 31. März



Gabriela Nimac
Dr.
Internationales
ab 16. April



Elisabeth Westphal
Mag.
Bologna-Prozess
Hochschulbildung
in Europa
Lehre



Manfred Kadi
Öffentlichkeitsarbeit



Klaus Puchbauer-Schnabel
Mag.
Budget
Forschung
bis 30. September



Wolfgang Nedobity
Mag.
Budget
Forschung
ab 1. Oktober



Sylwia Krul
Sekretariat



Margit Zagiczek
Sekretariat



Universitäten sind Zentren der Gesellschaft, in denen Wissenschaft und Lehre eine Heimat finden. Sie sammeln und entwickeln Wissen – die bestimmende Ressource unserer Zivilisation. Dabei kommt der Österreichischen Rektorenkonferenz zentrale Bedeutung zu: Sie unterstützt die Universitäten dabei, ihre Aufgaben laufend besser zu erfüllen. Denn die Eckpfeiler aus Wissenschaft und Forschung, Entwicklung und Innovation werden die Position Österreichs im globalen Wettbewerb der Standorte entscheidend bestimmen:

Gemeinnützige Stiftungen

Die Unterstützung der österreichischen Universitäten hat in der Bank Austria eine über zwanzigjährige Tradition, die aus Überzeugung auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden wird. Die Bank Austria verfolgt dabei die Strategie einer nachhaltigen und konkreten Förderung von Projekten und Talenten. Dazu unterhält die Bank Austria an mehreren Universitäten des Landes gemeinnützige Stiftungen zur Unterstützung von Wissenschaft und Forschung. Im Rahmen dieser Stiftungen werden Stipendien vergeben, einzelne universitäre Projekte unterstützt, Forschungspreise ausgelobt, interdisziplinäre Initiativen gefördert, Vorlesungsschwerpunkte gestaltet, Austauschprogramme gesponsert und wissenschaftliche Projekte in einer vielfältigen Breite unterstützt.

Die Kooperation mit Professoren und Universitätsangestellten wird in allen Bundesländern von Universitätsbetreuern und den Landesdirektionen der Bank Austria getragen. Koordiniert werden die Agenden durch das UniversitätsService, das seit vielen Jahren diese Aufgabe engagiert wahrnimmt. Diese Einrichtungen unterstreichen den Stellenwert, den die Bank gegenüber dem Universitätsbereich einräumt. Die Bank Austria berät Österreichs Universitäten bei Cash Management, Pensionsvorsorge, Abfertigungsrückstellungen und Versicherungsangelegenheiten. Die Erfahrungen aus den Geschäftsbeziehungen mit Großinstitutionen und Konzernen machen die Bank Austria zum kompetenten Partner in allen Finanzfragen, die im Umfeld der universitären Einrichtungen zu beantworten sind.

Spezielle Angebote

Im Rahmen des Bank Austria BetriebsService stehen den Universitätsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern besondere Angebote zur Verfügung. Ihnen werden attraktiver verzinst Sparprodukte, Wertpapiere und Finanzierungen zu Sonderkonditionen geboten. Nicht zuletzt ist die Bank Austria mit einem Kundenanteil von rund 40 Prozent der bevorzugte Partner der österreichischen Studentinnen und Studenten. Die Bank setzt alles daran, den Entscheidungsträgern von morgen in Finanzfragen und im Freizeitbereich ein sehr attraktives Angebot zu bieten.



